

Antrag

der AfD-Fraktion

Steuererklärung für Arbeitnehmer abschaffen – Antragslose Veranlagung einführen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Im Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ haben die Unterzeichner im Bund „eine Steuervereinfachung durch Typisierungen, Vereinfachungen und Pauschalierungen“ vereinbart, damit das „Steuersystem von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert wird“ (S. 48). Die im Punkt II des vorliegenden Antrags eingeforderten Maßnahmen würden eine wesentliche Unterstützung im Rahmen der angestrebten Steuervereinfachung signalisieren.

Auch im sächsischen Koalitionsvertrags „Mutig neue Wege gehen. In Verantwortung für Sachsen“ ist vorgesehen, dass sich der Freistaat gegenüber dem Bund für eine umfassende Unternehmens-, Mehrwert- und Erbschaftssteuerreform im Sinne einer Vereinfachung sowie fairen Besteuerung einsetzt (S. 103).

Eine Vereinfachung der Besteuerung und ein messbarer Bürokratieabbau ließen sich maßgeblich auch durch automatische Steuergutschriften erzielen. Dies würde nicht zuletzt eine Konkretisierung des im Abschnitt Bürokratieabbau in Aussicht gestellten Ermöglichungs- und Dienstleistungsverständnisses (S. 106) darstellen.

II. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene sowie insbesondere im Bundesrat aktiv dafür einzusetzen, dass entsprechend der Regelung des § 41 Abs. 2a des österreichischen EStG auch für Arbeitnehmer in Deutschland eine antragslose Arbeitnehmerveranlagung eingeführt wird, über die eine mögliche Steuergutschrift automatisch erstattet wird;
2. zu prüfen, inwieweit auf Landesebene eine antragslose Arbeitnehmerveranlagung für Steuergutschriften nach Punkt II. 1 ohne bundesrechtliche Vorgaben durch die sächsischen Finanzämter¹ umgesetzt werden könnte, und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen einzuleiten;

¹ Vgl. aktuell ein entsprechendes Modellprojekt in Hessen – <https://finanzamt.hessen.de/service/pilotprojekt-steuer-macht-jetzt-das-amt>.

3. zu berichten, mit welchen Initiativen sie sich bisher auf Bundesebene für eine umfassende Unternehmens-, Mehrwert- und Erbschaftssteuerreform eingesetzt hat.

Begründung:

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat vor kurzem erklärt, dass die Abschaffung der Steuererklärung für Arbeitnehmer zu einem geringeren bürokratischen Aufwand beim Bürger und zu höheren Kapazitäten bei der Steuerverwaltung – beispielsweise um sich verstärkt mit den großen Betrugsfällen zu befassen – führen würden.² Technisch sei die antragslose Arbeitnehmerveranlagung möglich und in Ländern wie Österreich bereits etabliert.³ Sie soll ausschließlich dann durchgeführt werden, wenn die Veranlagung zu einer Steuergutschrift von mindestens fünf Euro führt.

Das Verfahren lässt sich anhand eines derzeit laufenden Pilotprojekts in Hessen veranschaulichen:⁴ Die betreffenden Steuerzahler erhalten seitens des Finanzamts einen Vorschlag für ihre Steuererklärung, in dem bereits die der Behörde bekannten Zahlen berücksichtigt sind (bspw. Arbeitslohn oder Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge). Es steht dem Steuerzahler frei, diesen Vorschlag anzunehmen.

Vor dem Hintergrund, dass der Altersdurchschnitt der Bediensteten in den sächsischen Finanzämtern bei rund 47 Jahren liegt und die Prüfungsdauer einer Einkommensteuererklärung durchschnittlich 51 Minuten beträgt⁵ (vgl. Drs. 8/3733), sollten Automatisierungen, weniger Formulare, weniger Nachweise, mehr digitale Lösungen sowie Pauschalen statt Einzelabrechnungen auch im Interesse der Finanzverwaltung liegen.

Dresden, 28.10.2025

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg,
MdL und AfD-Fraktion



Unterschieden von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 28.10.2025

² Siehe <https://www.deutschlandfunk.de/deutsche-steuer-gewerkschaft-will-steuererklaerung-fuer-arbeitnehmer-abschaffen-100.html>.

³ Siehe <https://www.stern.de/wirtschaft/steuererklaerung-abschaffen--fordert-die-deutsche-steuer-gewerkschaft-35893572.html>.

⁴ Im Folgenden dargestellt nach: Pilotprojekte in Hessen und Bayern zur Steuererklärung, in: Der Steuerzahler 10-2025, S. 23.

⁵ Dazu u. a. <https://www.zeit.de/news/2025-09/16/finanzaemter-brauchen-51-minuten-pro-steuererklaerung>.